

II-10665 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5204 NJ

1993 -07- 13

ANFRAGE

der Abgeordneten Dolinschek, Dr. Partik-Pablé, Haller
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Förderung der freiwilligen Heimkehr von Gastarbeitern

Angesichts der herrschenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der hohen Zahl arbeitsloser Ausländer stellt sich die Frage, ob die Förderung der Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer durch die Abgeltung der im Inland erworbenen Ansprüche (also mit einem "Startkapital") nicht wünschenswert wäre.

Einer Anfragebeantwortung des Landeshauptmannes Dr. Purtscher war nun aber zu entnehmen, daß sich der Bundesminister für Arbeit und Soziales grundsätzlich gegen derartige Überlegungen stellt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Warum lehnen Sie eine Förderung der freiwilligen Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer durch eine kapitalisierte Abgeltung der erworbenen Ansprüche grundsätzlich ab?
2. Welche Kosten entstehen derzeit im Zuständigkeitsbereich Ihres Ressorts für Leistungen an Gastarbeiter etwa durch Arbeitslosengeld und Pensionen?
3. Meinen Sie nicht, daß gerade die Pensionsversicherung durch die kapitalisierte Auszahlung der Anwartschaften an Gastarbeiter in Zukunft beträchtlich entlastet werden könnte?
4. Warum lehnen Sie es angesichts der hohen Arbeitslosigkeit unter Ausländern ab, arbeitslosen Gastarbeitern auf freiwilliger Basis eine einmalige Summe für ihre Arbeitslosenversicherungsansprüche zu bezahlen, sodaß sie sich damit in der Heimat eine neue Existenz aufbauen können?

fpc107\asheimk.hai

5. Meinen Sie nicht, daß die Gefahr eines Mißbrauches dadurch gebannt werden könnte, daß die Verwendung der Geldes stichprobenartig überprüft wird und die Sperre der Personaldaten der ausbezahlten Gastarbeiter (etwa in der EDV der AMV und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger) gegen weitere Bewilligungen oder Anmeldungen erheblich verringert werden könnte?

Wien, am 13.7.1993